Nr. 311 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 22. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 30.–. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Hinter den Kulissen in Brüssel

Von unserm FL-Mitarbeiter

Brüssel, 20. Dezember

Die Verhandlungen der Sachverständigenkonferenz sind nun derart gegliedert, daß die Entschädigungsschuld abgesondert von den auf die Beurteilung der deutschen Finanzlage bezüglichen Fragen behandelt wird. Was bisher über die Entschädigung in den Vollsitzungen gesprochen wurde, gilt für einen rein vorläufigen Gedankenaustausch, der jedoch deshalb lehrreich ist, weil die Engländer die Auffassung bekundeten, daß die Entschädigungsfrage unbedingt zu dreien, also zwischen Frankreich, Deutschland und England, erregelt werden müsse. Infolgedessen entledigten sich französische Anträge, die auf eine rein französisch-deutsche Regelung hinzielten. Dazu gehört auch der bekannte Vorschlag, in Wiesbaden eine deutsch-französische Kommission zusammenzustellen.

Was nun die Darlegungen des Staatssekretärs Bergmann anbelangt, so wäre es verfrüht, die vorliegenden Zeitungsglossen und Bemerkungen von Ententedelegierten zum Schlüssel für die Beurteilung der Lage zu machen. Besonders die Franzosen legen großen Wert darauf, sich nicht in die Karten blicken zu lassen. Es ist erstaunlich, mit welchem Geschick sie beinahe von Stunde zu Stunde Stimmungsberichte zu lancieren verstehen. Diese Taktik ist darauf gerichtet, die französischen Absichten zu maskieren und

bei den deutschen Sachverständigen eine latente Unsicherheit über den wahren Eindruck ihrer Darlegungen entstehen zu lassen

Nicht so die Engländer. Sie zeigen sich zumeist impulsiv. Während sie die Rede Havensteins mit der bekannten Rede des Reichskanzlers Fehrenbach zu Beginn der Spa-Konferenz vergleichen und als unsachlich bezeichnet, fanden sie nur Worte des Lobes für die Ausführungen Schröders und Bergmanns. Die Vorschläge Bergmanns wurden von englischer Seite, zweifellos mit etwas Uebervorsichtigkeit, als Grundlage für weitere Verhandlungen angesehen. Daß dies kaum der Fall ist, erhellt aus der folgenden Tatsache: Die französischen Vertreter haben für heute eine vertrauliche Sitzung der Ententevertreter einberufen, in der sie ihre ernsten Bedenken gegen Bergmanns Exposé mitteilen werden.

Wie erwähnt, laufen die Besprechungen über Einzelfragen parallel mit den Konferenzen über die Entschädigungsschuld an sich. An der Spitze der noch anstehenden Einzelfragen steht die

Anerkennung der bereits geleisteten 20 Milliarden in Goldmark

seitens der Ententevertreter. Wahrscheinlich wird die Sachverständigenkonferenz diese Angelegenheit durch die Wiedergutmachungskommission endgültig erledigen lassen, obwohl die deutschen Vertreter hohen Wert darauf legen, die bereits erfolgte Entschädigungsleistung in Brüssel anerkennend zu sehen. Ferner steht noch die Debatte über die verminderten Besetzungskosten auf dem Programm; auch diese Frage dürfte im Brüssel beiseite gelassen werden.

Der hier lancierte französische Vorschlag, daß Deutschland 5 Milliarden Franken für den Ankauf von Aufbaumaterial zur Verfügung stellen soll, findet auf englischer Seite geringen Anklang, denn

man erblickt darin den erneuten Versuch, die Entschädigungsfrage zu einer rein französisch-deutschen Angelegenheit zu machen

Am Ende der ersten Verhandlungswoche läßt sich sagen, daß die Untersuchung des Entschädigungsproblems noch kein praktisches Ergebnis gezeitigt hat. Diese Ansicht wird von den deutschen Delegierten mit Nachdruck vertreten.

•

Die Verhandlungen

Mit Rücksicht auf die noch in vollem Flusse befindlichen Besprechungen mit den einzelnen Mitgliedern der deutschen und der alliierten Delegationen hat keine Vollsitzung der Konferenz stattgefunden. Sie wird voraussichtlich erst Mittwoch vormittag abgehalten werden. Die einzelnen Besprechungen wurden am Montag den ganzen Tag über fortgesetzt. Besonders die Frage der Mindestbegünstigung der Sachleistungen, die Schiffsfrage und die Frage der Besatzungskosten wurden erörtert.

Weiter wird hierzu noch gemeldet:

⊕ **Genf**, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Stampa" meldet aus Brüssel: Das belgische Kabinett hat die Festlegung der belgischen Schadenersatzansprüche an Deutschland auf eine bestimmte Summe abgelehnt. Der Kabinettssitzung wohnten die belgischen Mitglieder der Entente-Ueberwachungskommission für Deutschland bei.

Einen Einfluß auf die endgültige Entscheidung der Frage hat natürlich dieser Beschluß des belgischen Kabinetts nicht, das nur immer wieder einmal in Internationalismus machen muß, um sich zu halten.

Uebrigens ist bereits in Brüssel eine Einigung darüber erfolgt, daß die Konferenz im neuen Jahre fortgesetzt wird.

•

Das Fazit der Völkerbundstagung

⊕ **Rotterdam**, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Genf: Das Fazit der Völkerbundstagung ist die Erledigung von 61 Anträgen, die Aufnahme von sieben neuen Staaten und die Vorbereitung des internationalen Gerichtshofes. Die nächste Tagung wird im September 1921 vor sich gehen.

•

Die deutsch-französischen Holzlieferungsverhandlungen

× **Berlin**, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der alliierten Fachkommission für die Holzlieferungen für die Wiedergutmachung, die in Paris geführt wurden, haben nunmehr ein eine Einigung gewährleistendes Ende erreicht. Die interalliierte Fachkommission hat das deutsche Gesuch, das sich auf mündliche Preisfestsetzungsverhandlungen bzw. Vorschläge beschränkte, gutgeheißen.

Deutsch-dänischer Ausgleich

Kopenhagen, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Zur Frage des Ueberganges des preußischen Staatsbesitzes in Nordschleswig an Dänemark hat die Entschädigungskommission in Paris jetzt ihre Entscheidung gefällt. Deutschland und Dänemark waren uneinig in der Schätzung der Werte. Nach dänischer Schätzung handelt es sich um 77 Millionen Kronen. Dazu kämen 35 Millionen Mark als schleswigscher Anteil an der deutschen und preußischen Staatsschuld, ein Posten, der nach dänischer Auffassung zum heutigen Marktkurse umgerechnet werden soll. Dagegen fordert Deutschland für die abzutretenden Staatsgebiete 85 Millionen Goldmark und als Anteil zur Staatsschuld 22 Millionen Goldmark. Die Kommission hat in ihrer Entscheidung einen Mittelweg eingeschlagen und Dänemark eine Gesamtzahlungslast von 65 Millionen Goldmark auferlegt. In dieser Summe sind aber verschiedene Aktiva noch nicht mitgerechnet, darunter die Besitzungen des Herzogs Ernst Günther die dieser in der Zwischenzeit an dänische Verbände verkauft hat, und manches andre noch. Im übrigen hat Deutschland seine Zustimmung der Angelegenheit mit den 65 Millionen verweigert, doch soll die Entscheidung eine endgültige sein. Die Gesamtsumme wird Deutschland auf das Entschädigungskonto gutgeschrieben. Unter diesem Titel sollen sie später Belgien ausgezahlt werden.

•

Deutsch-belgische Grenzfestsetzung

⊕ **Aachen**, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der deutsche Grenzkommissar teilt mit:

Im Verlaufe der in der vergangenen Woche in Lüttich abgehaltenen Sitzungen der deutsch-belgischen Grenzfestsetzungskommission hat diese die von Deutschland beantragte Rückgabe des der Stadt Aachen gehörigen und für die Wasserversorgung Aachens wichtigen Gutes Haasbenden abgelehnt. Das Aachener Wasserwerk ist dagegen mit einer 1000 Meter breiten Schutzzone in der Nordostgrenze des Kreises Eupen Deutschland anerkannt. Die Straße von Aachen über Lichtenburg-Marienthal fällt hiermit an Deutschland zurück.

Die von Deutschland beantragte Rückgabe des Bahnhofes Herbesthal hat die Kommission abgelehnt. Der deutsche Vertreter hat den Antrag auf Rückgabe des Bahnhofes Herbesthal grundsätzlich aufrecht erhalten. In den nächsten Sitzungen wird die deutsch-belgische Grenzfestsetzungskommission sich darüber zu entscheiden haben, ob, falls der deutsche Anspruch auf die Rückgabe des Bahnhofes Herbesthal wirklich endgültig abgelehnt werden sollte, ein neuer deutscher Grenzbahnhof auf der Linie Ronheide—Herbesthal oder auf einer Strecke zwischen diesen beiden Linien errichtet werden soll. Im Verlauf der letzten Verhandlungen hat sich der belgische Vertreter, nachdem von deutscher Seite die Bedeutung der Kostenfrage eingehend beleuchtet worden war, namens der belgischen Regierung bereit erklärt, an den Kosten des neuen deutschen Grenzbahnhofs einen Beitrag von 22 000 000 Franken zu leisten, falls der neue Grenzbahnhof auf der Linie Ronheide—Montzen gebaut wird.

•

Die oberschlesische Abstimmungspolizei

× **Beuthen**, 21. Dezember. Die oberschlesische Abstimmungspolizei, deren Beamte Oberschlesier von Geburt sein, mindestens ein Jahr im deutschen oder im polnischen Heere gedient und ein einwandfreies Vorleben haben müssen, insbesondere nicht an einem Aufstande in Oberschlesien beteiligt gewesen sein dürfen, besteht aus drei Gruppen: Kattowitz, Gleiwitz und Oppeln. Ihre Stärke ist auf 5000 bis 5500 festgesetzt. Die Kommandostellen waren bisher ausschließlich von Franzosen besetzt; jetzt sind es 15 französische, 8 englische und 5 italienische Offiziere. Insbesondere haben die Franzosen in der wichtigsten Gruppe Kattowitz das Uebergewicht. Die paritätische Zusammensetzung der Abstimmungspolizei war Anfang September zweifellos vorhanden, jetzt ist sie es dagegen nicht mehr. So enthält die Kattowitzer Gruppe ungefähr sechs Siebentel Polen. Selbst bei den für den Außendienst besonders wichtigen Patrouillen ist die vorschriftsmäßige Parität nicht innegehalten. Dabei sind manche der polnischen Hundertschaftsführer als gefährliche Agitatoren bekannt.

•

Neue Waffenfunde in Oberschlesien

× **Beuthen**, 21. Dezember. Gestern abend wurde aus der polnischen Wirtschaft (Cesyoda Polska) in Karf eine Handgranate geworfen, durch die der Bruder des vor einiger Zeit niedergeschossenen Kupka leicht verletzt wurde. Bei der vorgenommenen gründlichen Haussuchung wurden unter dem Podium der Bühne Handgranaten, Revolver und Munition gefunden. Mehrere Personen wurden festgenommen und die Waffen nach Beuthen geschafft.

Guerillakrieg der Huzulen

× **Krakau**, 21. Dezember. Laut hier eingetroffenen Mitteilungen wütet in den Karpathen Ostgaliziens längs der galizisch-slowakischen Grenze ein heftiger Guerillakrieg der ukrainischen Ortsbevölkerung, der sogenannten Huzulen, gegen die polnischen Okkupationsbehörden. Das polnische Generalkommando in Lemberg hat Streitzüge gegen die Aufständischen angeordnet. Die Bemühungen des Kommandierenden des zweiten Grenzschützenregiments Oberst Poderni sind aber erfolglos geblieben, da die Aufständischen in den hohen Gebirgen Schlupfwinkel benutzen, die für die polnischen Truppen unzugänglich sind. Die Aufständischen sind gut bewaffnet und stehen unter Führung von geschulten Soldaten der gewesenen galizisch-ukrainischen Armee.

Der Bürgerkrieg in Irland

× **London**, 21. Dezember. Gestern fand eine Anzahl neuer Angriffe auf die englischen Besatzungstruppen in Irland statt. Zwei Soldaten und ein Polizist wurden getötet, 6 Soldaten und 4 Polizisten verwundet, mehrere Automobile wurden von den Sinnfeinern erbeutet und verbrannt. Drei Angreifer wurden getötet und mehrere gefangengenommen.

⊏ **Paris**, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) **Von den irischen Geiseln, die gestern auf den Lastautomobilen der Truppentransporte mitgeführt worden sind, sind gestern aus Anlaß eines neuen Sinnfeiner-Angriffes auf einem solchen Truppentransport 30 irische Führer getötet worden.**

•

Sinnfein

× **London**, 21. Dezember. Der Vizepräsident der Sinnfeiner Pater O'Flanagan hat auf das Telegramm von Lloyd George ein Antworttelegramm gesandt, in dem er bestreitet, daß er die Türe zum Frieden geschlossen habe. Es heißt in dem Telegramm weiter: „Die Sinnfeinervereinigung ist eine friedliche Organisation. Nur die Angriffe der englischen Regierung haben eine gewaltsame Reaktion hervorgerufen. Wenn die Ursachen beseitigt würden, so würde auch die Wirkung automatisch aufgehoben." Am Schlusse wird gesagt: „Die Versöhnung wird nur zustande kommen, wenn die Vertreter der beiden Nationen als Gleichberechtigte ein Abkommen treffen, das die Billigung beider Völker findet."

Neue Gründungen in Oesterreich?

⊡ **Prag**, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Grazer Montagszeitung" berichtet, weilt seit einigen Tagen der geschäftsführende Verwaltungsrat der Eisenhandels- und Industriegesellschaft in Berlin, um mit Hugo Stinnes über die Eingehung einer Interessengemeinschaft Verhandlungen zu pflegen. Es sei geplant, durch Heranziehung einiger hundert Millionen Mark sieben bis acht neue Industrien verschiedenster Art, darunter Porzellan- und Glasfabriken, in Steiermark zu gründen. Im Zusammenhang mit diesem Projekt stehen Gerüchte über Ankauf und Gründung von großen Verlagsunternehmungen und Zeitungen in Graz und verschiedenen großen Städten in Oesterreich.

•

Der Kellnerstreik in Wien

⊡ **Wien**, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Verhandlungen im Kellnerstreik dauern fort. Der Schaden, den die Hoteliers durch den Streik erleiden, geht in die Millionen. Neu ankommende Reisende können keine Unterkunft finden. Die Erregung im Publikum ist unter den Erschwernissen, die ihm der Streik in der Ernährung usw. bringt, immer mehr im Steigen. Man spricht bereits davon, später in einen Trinkgeldgeberstreik einzutreten und die Trinkgelder der Rettungsgesellschaft zu überweisen.

Ungarns Finanzen

× **Budapest**, 21. Dezember. In der Nationalversammlung entwickelte der Finanzminister Roland Hegedues sein Finanzprogramm. Die jährlichen Zinsen der Staatsschulden sowie die Abgaben an das feindliche Ausland betragen 15 700 Millionen Kronen, was das Land nicht ertragen könne. Er müsse daher die Zinsen sämtlicher ungarischer Staatsschulden auf 4 Proz. herabsetzen. Deutschland habe viel ungarische Kriegsanleihe gezeichnet, wofür ebenfalls 4 Proz. gezahlt würden. Er beabsichtige eine schwere Besteuerung der größten Vermögen, sei jedoch kein Anhänger einer allgemeinen Vermögensabgabe. Er schlage eine Vermögensablösung von höchstens 25 Proz. des Gesamtvermögens vor, wobei die Staatspapiere unangetastet bleiben. Die Aktiengesellschaften würden verpflichtet sein, ihr Aktienkapital um 15 Proz. zu erhöhen und die Aktien unentgeltlich dem Staate zu überlassen. Ferner beabsichtige er die Einführung einer Einkommensteuer und einer Mobilsteuer mit Herstellung der Freiheit des Getreideverkehrs. Die Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank würden nächstens gegen Staatsnoten umgetauscht werden mit Abzug von höchstens 5 Proz.

Um König Konstantin

× **London**, 21. Dezember. Gestern kam es zu lebhaften Kundgebungen von griechischen Anhängern und Gegnern König Konstantins. Die Venizelisten verhinderten die Abhaltung eines Tedeums in der griechischen Kirche anläßlich der Rückkehr König Konstantins. Die Feierlichkeit wurde deshalb von Anhängern des Königs abends in der griechischen Gesandtschaft abgehalten.

•

Botschaft an das griechische Volk

× **Athen**, 21. Dezember. König Konstantin hat an das griechische Volk eine Botschaft gerichtet, in der er u. a. erklärt, daß er sich glücklich fühle, sich wieder bei seinem Volke zu befinden. Die Volksabstimmung habe die Wahrheit der von seinem unvergeßlichen Vater übernommenen Losung: „Meine Stärke liegt in der Liebe des Volkes", gezeigt. Sein Leben werde nur noch das eine Ziel kennen, sich der Liebe des Hellenenvolkes durch strenge Einhaltung der Verfassung und des parlamentarischen Regimes würdig zu zeigen. Er werde im Innern Ruhe und Eintracht, nach außen die Vollendung des nationalen Wiederaufbaues erstreben und alle Anstrengungen machen zur Festigung bester Beziehungen mit den Verbündeten und dem tapferen Serbien. Die Verlobung seines Sohnes Georg, des Thronfolgers, mit Elisabeth, der Tochter des rumänischen Königs, und seiner Tochter Helene mit dem rumänischen Kronprinzen knüpfe ferner die herzlichsten Bande mit Rumänien.

Deutsche Einwanderung nach Amerika

Von unserm L-Korrespondenten

New-York, 6. Dezember

Der amerikanische Kongreß (der alte), der heute in Washington zusammentritt, wird ein Gesetz annehmen, das die Einwanderung auf zwei Jahre hinaus verbietet. Der Einwanderungsausschuß des Hauses hat sich auf eine Vorlage geeinigt. Gestattet ist die Einwanderung nur den Eltern, Großeltern, Töchtern und Großtöchtern von hier Ansässigen, von Söhnen und Großsöhnen nur, wenn sie noch nicht 18 Jahre alt sind. Dafür sollen aber Reisende, das heißt Personen, die zum Besuch oder geschäftlich hierherkommen, sechs Monate hier verweilen dürfen. Wie man Leute nach sechs Monaten wieder austreiben will, nachdem sie schon einmal hier sind, ist allerdings nicht klar.

Der New-Yorker Einwanderungskommissar kündigt an, daß 8 Millionen Deutsche in den europäischen Häfen auf das Signal warten, nach Amerika einwandern zu dürfen. (Solange der Kriegszustand formell andauert, dürfen „Feinde" nur mit ganz besonderer Erlaubnis ins Land.) Daß viele Deutsche nach Amerika auswandern möchten, trifft wohl zu, aber den meisten dürfte es an dem Reisegeld fehlen. Diejenigen, die das Reisegeld aus Amerika erhalten, dürften in der Hauptsache auch hereinkommen, trotz dem neuen Gesetz, denn sie kommen ja als Verwandte und zur Not als „Reisende". Aber 8 Millionen Deutsche nach Amerika zu schaffen, zusätzlich der Millionen von Italienern, Irländern, Polen, Ungarn, Bulgaren, Rumänen usw., dazu reicht der Schiffsbestand der ganzen Welt nicht aus.

Ich habe als Redakteur eines deutschsprachigen Blattes die Einwanderungsfrage unsres Landes gründlich studiert, seit vielen Jahren, und habe manchen Kampf im Kongreß mit den Fremdenhassern ausgefochten. Nicht als geborener Deutscher, denn die deutsche Einwanderung kam in den letzten 15 Jahren vor dem Kriege kaum noch in Betracht, sondern aus Prinzip.

Ein Einwanderungskommissar führte mich eines Tages selbst auf der Ellis-Insel, der New-Yorker Einwanderungsstation, durch alle Hallen und Räume und sagte mir schließlich, nachdem ich ihn auf den Vorwurf der grausamen Behandlung der Ankömmlinge aufmerksam gemacht hatte: „In diesem Lande ist gut sein, wir wollen es daher für uns behalten." Dieser Kommissar war ein steinreicher Mann, hatte sein Riesenvermögen geerbt, eine der besten Lehranstalten des Landes besucht und bewegte sich in der vornehmsten Gesellschaft. Er rechtfertigte die schlechte Behandlung der Einwanderer damit, daß man dadurch die Einwanderung überhaupt abschrecke. Er glaubte an seine Mission, glaubte, daß Einwanderung ein Schaden für das Land sei. In Wirklichkeit aber beschönigte er den angeborenen Rassenhaß, den es anderwärts natürlich ebenso gibt und der mit jedem Sinken der Kultur überall in der Welt aufblüht.

Die Gewerkschafter sind hier von jeher gegen die Einwanderung, weil sie angeblich die Löhne drückt. Dabei war z. B. die ganze Bauindustrie ins Stocken geraten, weil bei den hohen Löhnen überhaupt nicht mehr gebaut werden konnte. Die Bauhandwerker hatten somit bei ihren übertrieben hohen Löhnen überhaupt nichts zu tun. Nun ist es Tatsache, daß wir einem Winter großer Arbeitslosigkeit entgegengehen. Diese Arbeitslosigkeit ist die Folge der Machenschaften der Kriegsgewinnler, die ihre unerhört hohen Kriegspreise aufrecht zu erhalten suchen. Viele Fabrikanten schließen die Tore oder schränken die Erzeugung ein. Die Folge ist Arbeitslosigkeit und Sinken der Kaufkraft. Mit andern Worten, es ist die endlose Spirale in entgegengesetzter Richtung. Aber nun ist gestern endlich auch das Fleisch erheblich im Preise gefallen. Das Brot wird billiger, Zucker kostet ganz erheblich weniger und die Kleiderpreise purzeln. Da nun inzwischen die Arbeiter und die Landwirte unter dieser Umstellung am allermeisten leiden und unzufrieden sind, so wird ihre Stimmung nun von den Fremdenhassern ausgenutzt. Sie weisen auf das Einwanderungstor in New-York hin, durch das angeblich jetzt eine Million Europäer im Jahre hereinkommen werden, und hetzen die Arbeiter auf: „Wenn euch die Fremden nicht das Brot vom Munde wegnähmen, würdet ihr Amerikaner Verdienst haben!"

Das ist natürlich gänzlich unzutreffend, denn die Einwanderung hat mit unsern wirtschaftlichen Schwierigkeiten ursächlich nichts zu tun. Allerdings wird die Einwanderung angeregt, wenn „drüben" schlechte Zeiten und hier gute sind. Hier waren bis vor kurzem die Zeiten gut und drüben waren sie schlecht. Daher die Zunahme der Einwanderung. Jetzt sind aber „die Zeiten hier schlecht", und die Einwanderung würde daher sehr bald von selbst nachlassen, wenn drüben nicht ganz andre Umstände winkten. Immerhin fürchten hier die Politiker, daß bei einer Fortdauer der Einwanderung die Arbeitslosigkeit so große Dimensionen annehmen könnte, daß Unruhen entstehen würden. Was der Senat tun wird, ist noch nicht klar. Dort hat die Großindustrie sehr viel zu sagen. Dann ist es ferner möglich, daß Präsident Wilson gegen die Vorlage sein Veto einlegt. Was Wilson übrigens tun wird, ist ganz unberechenbar. In irgendeiner Krankenlaune mag er dies oder jenes tun. Auf jeden Fall kann man sich auf eine zeitweilige radikale Beschränkung der Einwanderung gefaßt machen.

Aber mit der Zeit wird auch Amerika seine Tore wieder öffnen. Hier ist noch viel Raum für Menschen. Dazu kommt, daß die sogenannte eingeborene Bevölkerung sich nicht vermehrt. Einwände gegen die deutsche Einwanderung als solche hört man

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201222/1